

St. Petersburg Opposition setzt mit Demonstration ein deutliches Lebenszeichen

Wie ein Hauch von Revolution

Tausende demonstrierten am Samstag im Zentrum von St. Petersburg gegen die Politik des Kremls. Solch ein Protestmarsch, der mehrere Polizeiblockaden durchbrach, gab es in Russland seit Jahren nicht.

Christian Weisflog, St. Petersburg

Wie aus dem Nichts erschien er plötzlich und schwebte für gute zwei Stunden über dem Zentrum von St. Petersburg – der lang vermisste Geist des zivilen Ungehorsams: «Das ist unsere Stadt», «Russland ohne Putin», «Für faire Wahlen» und «Wir brauchen ein anderes Russland» skandierte die Menge vor dem Stadtparlament. So, dass die Parolen zwischen den Häuserzeilen noch einmal nachhallten. Die Organisatoren sprechen von bis zu 7000 Teilnehmern, die staatliche Nachrichtenagentur RIA Nowosti hingegen lediglich von 1000. Die Wahrheit wird wohl irgendwo dazwischen liegen. Dies scheint zwar bescheiden, trotzdem ist die Kundgebung ein deutliches Lebenszeichen der Anti-Kreml-Bewegung. Ihr prominentester Anführer ist der ehemalige Schwachweltmeister Garri Kasparow. Zusammen mit anderen Aktivisten von sehr unterschiedlicher politischer Gesinnung formierte er die Bürgerbewegung «Das andere Russland». Sie will dem Kreml ein Modell einer offenen und lebendigen Zivilgesellschaft gegenüberstellen.

Durchbruch gelingt

Wie in Moskau Mitte Dezember erhielt die Kreml-Opposition auch in St. Petersburg keine Erlaubnis für ihren «Marsch der Nicht-Einverstandenen», sondern nur eine Bewilligung für ein



Ein Demonstrant wird verhaftet. (key)

Protest-Meeting. Am vergangenen Samstag setzten sich die Demonstranten jedoch erfolgreich über das Behördenverbot hinweg. Wie geplant versammelten sie sich um zwölf Uhr vor dem Konzertsaal «Oktjaberskij», um dann Richtung Gouverneurs-Sitz zu laufen. Die Polizei aber hatte den Platz bereits abgeriegelt, die Protestteilnehmer wurden auf dem beidseitig abgesperrten Trottoir zusammengedrückt. Mit einem Ruck brachen die Aktivisten jedoch plötzlich durch die Gitterelemente und marschierten los, ein paar Hundert waren es wohl zu diesem Zeitpunkt. Wenig weiter wurden sie von schweren Kommandofahrzeugen und Polizisten in Kampfmontur umzingelt, aber wie ein

Wunder gelang auch hier der Durchbruch: nicht Richtung Gouverneurs-Sitz, aber auf den Newskij Prospekt, der als zentrale Verkehrsachse ins Herz der Stadt führt.

Redner verhaftet

Es war etwas in Fluss geraten. Immer mehr Menschen liefen den breiten Prospekt hinunter, junge, alte, auch Familien mit Kindern. Nur der Blick zurück auf die nachrückenden Polizeikolonnen konnte jetzt noch Angst machen. Fast schon verzweifelt schnappten sich die behelmten Männer da und dort einzelne Demonstranten aus der Menge. Vor allem ältere Menschen legten sich wagemutig mit den Einsatzkräften an. Von

der Treppe des Stadtparlaments sprachen die Protestführer schliesslich zur Menge. Das mitgebrachte Megafon war jedoch nicht laut genug, um so viele Leute zu erreichen. Was blieb, waren daher vor allem die gemeinsam skandierten Parolen – bis sich die Einsatzkräfte ihren Weg durch die Menge prügeln und die Redner allesamt abführten. Verschont blieb einzig Kasparow. Den Nationalhelden wagt man wohl noch nicht anzutasten. Als der Verkehr auf dem Newskij Prospekt längst wieder rollte, diskutierten da und dort noch kleine Grüppchen besorgter Bürger über das Geschehene. Im Vorbeigehen klang es wie ein Flüstern. Vielleicht das Flüstern der Revolution?

Riad Saudi-Arabien und Iran wollen Gewalt im Irak eindämmen

Bei der Aussöhnung mithelfen

Der saudi-arabische König Abdullah und der iranische Präsident Ahmadinedschad haben am Wochenende die Situation im Irak diskutiert.

Saudi-Arabien und der Iran wollen gemeinsam ein Übergreifen der religiös motivierten Gewalt im Nachbarland Irak auf die ganze Region verhindern. Dies erklärten Abdullah und Ahmadinedschad. Das Treffen der regionalen Gegenspieler am Wochenende in Riad war international aufmerksam beobachtet worden: Das sunnitisch geprägte Saudi-Arabien ist ein enger Verbündeter der USA, der von Schiiten dominierte Iran ein erklärter Gegner. Ahmadinedschad traf in Riad auch Prinz Bandar bin Sultan, der enge Beziehungen zu US-Präsident Bush hat.

Grösste Bedrohung

Der iranische Präsident wertete seinen ersten Staatsbesuch in Saudi-Arabien als Erfolg. Im staatlichen iranischen Fernsehen sagte er am Sonntag nach seiner Rückkehr nach Teheran, beide Staaten hätten beschlossen, gemeinsam gegen die «Verschwörungen» vorzugehen, von denen die islamische Welt bedroht werde. Abdullah und Ahmadinedschad sagten der saudi-arabischen Nachrichtenagentur SPA zufolge der irakischen Regierung Unterstützung bei den Anstrengungen zu, die nationale Einheit und die «Gleichheit seiner Bürger» zu wahren.

Aus saudi-arabischen Regierungskreisen war zuvor verlautet, das Königreich wolle den Iran davon überzeugen, bei der Aussöhnung der Bevölkerungsgruppen im Irak zu helfen. Dort greifen sich sunnitische und schiitische Muslime immer wieder gegenseitig an. «Die



Aufmerksam beobachtetes Treffen: Abdullah (links), Ahmadinedschad. (key)

beiden wiesen darauf hin, dass die grösste Bedrohung für die Muslime die Versuche sind, den Streit zwischen Sunniten und Schiiten zu schüren», sagte der saudi-arabische Aussenminister Prinz Saud al-Faisal. Saudi-Arabien und der Iran wollen gemeinsam mit Syrien im März an einer Konferenz zur Lage im Irak teilnehmen.

Für Entspannung in Libanon

Ahmadinedschad erklärte sich den Angaben zufolge zudem bereit, die Bemühungen Saudi-Arabiens zur Entspannung der Situation in Libanon zu unterstützen. Der Iran wird verdächtigt, in Libanon die schiitische Hisbollah mit Geld und Waffen zu unterstützen. Iran und Saudi-Arabien haben im erbitterten Machtkampf zwischen der libanesischen Regierung und der Hisbollah-geführten Opposition bereits mehrmals vermittelt.

Die Nachrichtenagentur SPA machte keine Angaben dazu, ob die beiden Po-

litiker auch über Irans Atomprogramm sprachen. Iranische Medien hatten berichtet, das Thema werde wohl auf der Agenda stehen. Von saudi-arabischer Seite hatte es geheissen, das Königreich wolle Ahmadinedschad davon überzeugen, dem Drängen der Staatengemeinschaft nachzugeben und die umstrittene Uran-Anreicherung auszusetzen.

Wie die USA befürchtet auch Saudi-Arabien, dass der Iran unter dem Deckmantel einer zivilen Nutzung der Atomenergie nach Atomwaffen strebt. Die Führung in Teheran weist dies zurück. Die Uno hat wegen des Atomprogramms im Dezember Sanktionen gegen den Iran verhängt und weitere Schritte angedroht, falls Teheran die Uran-Anreicherung nicht beenden sollte. Entsprechende Verhandlungen kommen aber nur schleppend voran. Die fünf Vetomächte im Uno-Sicherheitsrat und Deutschland konnten nach US-Angaben in einer Telefon-Konferenz am Samstag nicht alle Differenzen ausräumen. (reu)

Elfenbeinküste

Friedensvertrag unterzeichnet

Nach wochenlangen Verhandlungen hat der Präsident der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo, am Sonntag mit Rebellenführer Guillaume Soro einen neuen Friedensvertrag unterzeichnet. Details zu dem im benachbarten Burkina Faso unterschriebenen Vertrag wurden nicht bekannt. An den Vertrag knüpften sich Hoffnungen, das seit einem Bürgerkrieg in den Jahren 2002 und 2003 gesplattete Land nunmehr einen zu können. Mehrere von der Uno unterstützte Friedenspläne waren bisher an dem Ziel gescheitert, seit langem ausstehende Wahlen auf den Weg zu bringen.

In der Presse der Elfenbeinküste war spekuliert worden, dass Rebellenführer Soro mit dem nun von ihm unterschriebenen Friedensvertrag zum Ministerpräsidenten ernannt werden könnte. Er würde dann Charles Konan Banny ersetzen, der nach den Uno-Plänen Wahlen vorbereiten und rivalisierende Kämpfer entwaffnen sollte. Präsident Gbagbo hatte wiederholt die Einmischung des Auslands in die Angelegenheiten des westafrikanischen Landes kritisiert. Dort patrouillieren nach wie vor französische und Uno-Truppen entlang einer Pufferzone zwischen den Rebellen und den Regierungstruppen. Die Elfenbeinküste ist die grösste Kakao-Produzentin der Welt. (reu)

Estland

Knapper Sieg der Reformpartei

Bei der Parlamentswahl in Estland hat die Reformpartei von Regierungschef Andrus Ansip offenbar einen knappen Sieg davongetragen. Nach Auszählung der Stimmen aus den meisten Wahllokalen kam die Mitte-rechts-Partei am Sonntagabend auf 30 von insgesamt 101 Sitzen im Parlament. Damit lag sie einen Sitz vor ihrem bisherigen Koalitionspartner, der linksgerichteten Zentrums-Partei. Die nationalistische Partei Pro Patria-Res Publica schnitt anscheinend überraschend stark ab und kam mit 19 Sitzen auf den dritten Platz. Damit dürfte Ansip die führende Rolle bei der Bildung einer neuen Koalition bekommen. Der Politiker selbst präsentierte sich im Fernsehen bereits als Sieger und kündigte an, die Koalitionsgespräche würden noch in der Nacht beginnen. Die beiden grössten Partner der bisherigen Koalition waren als Favoriten in die erste Parlamentswahl seit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union und zur Nato gegangen. Unklar war zuletzt aber, ob sich die Gewichte zwischen ihnen verschieben werden. Insgesamt werden sechs Parteien im künftigen Reichstag vertreten sein. (reu)

Afghanistan

Acht Zivilisten getötet

Bei einem Schusswechsel zwischen US-Truppen und mutmasslichen Taliban-Kämpfern in Ostafghanistan sind gemäss der Koalitionstruppen acht Zivilpersonen getötet worden. Der blutige Zwischenfall führte zu Protesten. Hunderte Menschen blockierten offiziellen Angaben zufolge eine Hauptstrasse ausserhalb von Dschalalabad im Grenzgebiet zu Pakistan, wo sich der Vorfall ereignet hatte. Die Demonstranten riefen Parolen gegen die ausländischen Truppen in Afghanistan. Nahe Dschalalabad eröffneten die Soldaten den US-Angaben zufolge das Feuer, nachdem auf ihren Konvoi ein Selbstmordanschlag verübt worden war. Der Attentäter hatte ein Fahrzeug in die Militärkolonne gesteuert und den Sprengsatz gezündet. Die Angreifer hätten auch geschossen, hiess es weiter. Im Kreuzfeuer nach dem Anschlag kamen 8 Zivilpersonen ums Leben, 35 weitere Menschen wurden laut Angaben der Koalitionstruppen verletzt. Der Polizeichef der Provinz Nangarhar sagte, Koalitionssoldaten hätten nach dem Anschlag auf die Umstehenden gefeuert. (reu)

In Kürze

Regierung zurückgetreten

Kuwait. Die Regierung Kuwaits ist Abgeordneten zufolge am Sonntag geschlossen zurückgetreten. Damit wurde ein Misstrauensvotum gegen ein Mitglied des Kabinetts und der Herrscherfamilie verhindert. (reu)

Höhere Militärausgaben

Peking. China will seine Militärausgaben in diesem Jahr erneut deutlich steigern. Zur Modernisierung von Panzern, Raketen und Kasernengebäuden seien umgerechnet rund 34 Milliarden Euro eingeplant und damit 17,8 Prozent mehr als 2006. (reu)

Neue Atomsprenköpfe

Washington. Die erste Produktion neuer Atomsprenköpfe in den USA seit mehr als 20 Jahren rückt näher. Die zuständige Behörde für Nationale Nukleare Sicherheit entschied sich am Freitag für ein konkretes Modell. (dpa)

Mehr Treibhausgase

Washington. Die USA werden nach einem Bericht der Regierung von Präsident George W. Bush auch in den kommenden Jahren wieder verstärkt Treibhausgase in die Atmosphäre pusten. Die Emissionen werden in den Jahren 2002 bis 2012 um 11 Prozent ansteigen. Dies geht aus der Studie der amerikanischen Regierung hervor. (dpa)

Skandal im Militärspital

Washington. Der Beauftragte für die US-Armee, Francis Harvey, ist wegen eines Skandals um ein US-Militärspital zurückgetreten. Bereits zuvor war der für das Walter-Reed-Krankenhaus in Washington zuständige Kommandant, General George Weighman, wegen der Zustände in dem Spital abgelöst worden. Dort waren genesende US-Soldaten zum Teil in Räumen untergebracht, deren Wände vor Feuchtigkeit schimmelten und Löcher aufwiesen. (reu)